

Wirtschaftliche



Zeitung

15 Pfennig

Gegegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechs mal (Morgen- und Abendblatt vereinigt). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: „Musikblatt“, „Recht und Leben“, „Umschau in Technik und Wirtschaft“, „Für Reise und Wandlung“, „Literarische Umschau“.

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, nm-Zeile 90 Pfennig. Familienanzeigen nm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chrodoktor: Georg Bernhart, Verantw. Redakteur (Ausw.) Handelteltel: Carl Misch, Berlin, Ullstein, Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein-Verl., Amt Dönhofs 3000-3005, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3006-3008, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto Berlin 620.

Die Große Koalition abermals gescheitert

Erneute Ablehnung durch die Sozialdemokratie / In der Reichstagsfraktion mit 87 gegen 33 Stimmen / Voraussetzliche Vertrauung Dr. Luthers

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern nach einer nahezu vierstündigen Aussprache mit 87 gegen 33 Stimmen beschlossen, den Eintritt in eine Regierung der Großen Koalition erneut abzulehnen. Der Beschluß wurde mit dem nachfolgenden offiziellen Communiqué begründet:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch Zuzunahme der Votum nur noch Erläuterung gemindert ist. Sie hat in ihrem Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß insolge mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abg. Dr. Koch kein Erfolg beschieden war. Sie hat daher in den Formulierungen, die ihr als Ergebnis der gestrigen Verhandlungen vorgelegt wurden, eine gezielte Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erkennen können.“

Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtsstand aufzugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen ersten Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Abföhrungstag die Zustimmung versagte, die sich im sozialpolitischen Anschluß gegen die sozialdemokratischen Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge erklärte und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Etandab gewordenen Föhrerabfindung die sozialdemokratischen Forderungen aufwies.“

„Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine Grundlage besteht.“

Bei der Besprechung der Vertrauenspersonen der Deutschen Demokratischen Partei einmündete der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Erich Koch, gestern abend in Schingelhofes des früheren Verrenhofes die Grundlinien der parlamentarischen Lage.

„Gegen Ende seiner Rede teilte Koch mit, daß die Sozialdemokratie die Regierungsabfindung auf der Grundlage der Großen Koalition abgelehnt habe, was die Verammlung mit großem Bedauern aufnahm. Koch warnte in den Betrachtungen, die er an diese Mitteilungen knüpfte, die Parteifreunde im Lande drängen vor postifischer Unruhe. Durch den Entschluß der Sozialdemokratie, jetzt nicht in die Regierung zu gehen, sei die Partei unter Umständen gezwungen, in anderer Bindung die nun in irgendeiner Form kommende Winderhastereuerung zu stützen und dadurch vielleicht auf manchen Sandlung Verzicht leisten zu müssen, die im Rahmen der Großen Koalition, auf das Ziel der Erhaltung des deutschen Volkes hin gesehen, nützlich und nötig wären.“

„Unter dem Eindruck der Haltung der Sozialdemokratie schloß die Besprechung der Vertrauenspersonen der Deutschen Demokratischen Partei Berlins einstimmig folgende Entschölung:

„Die Besprechung der Vertrauenspersonen der Deutschen Demokratischen Partei Berlins preist der demokratischen Fraktion des Reichstags, insbesonders aber ihrem bewährten Führer, Dr. Koch und Anerkennung für die klare und zielbewußte Haltung während der gegenwärtigen Regierungskrise.“

„Sie hätte angelehnt der täglich steigenden wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes eine feste Regierung der Großen Koalition für die einzige Lösung gehalten.“

„Es bedauert, daß eine große Partei, die die Politik von Lohmann bisher in voller Überzeugung unterstützt hat, in schwerer Stunde die Mitarbeit am Werke der Rettung und des Wiederaufbaus ablehnt.“

Es die bei der Begrüßung des Cobles an den Zentralverband beteiligten Herren der Arbeitgebervereinnung gemacht haben, daß das Geld zur Unterstützung des Schulz verwendet werden sollte, ist nach Lage der Umstände nur bezüglich des v. Jengen wahrscheinlich, da v. Jengen von den bereits früher erfolgten Darlehensentzügen Meiers, der ausdrücklich den Zweck der Unterstützung des Schulz angelehnt hatte, den Geschäftsführer seiner Vereinnung seine Mitteilung gemacht hatte. v. Jengen selbst befreit, den Schulz des Darlehens erkannt zu haben. Nach seiner, was nach Angabe der Geschäftsführer, soll das Darlehen ausschließlich den Zweck gehabt haben, deren Verrechnen und den Zentralverband der Handarbeiter der Arbeitgebervereinnung zu verpflichten.“

Der Leiter der Vereinnung, Geheimrat Ernst von Dörling, hat nach seiner Berichterung von der Begrüßung des Cobles erst durch die Presseoffiziere Kenntnis erhalten. Er hat erklärt, daß die Vereinnung, wie auch er selbst, niemals eine Unterföhrung des Oberleitnants a. D. Schulz gewünscht, noch jemals gewillt haben würde.“

Die Vorzüge sind nach Abschlus der polizeilichen Vernehmungen an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergegeben worden.“

Das zweite Nein

Den erneut ablehnenden Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der auf lange Zeit hinaus eine stabile Mehrheit im Reichstag, den Zusammenhluß der auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden, zu staatspolitischen Arbeit bereiten Parteien verhindert, haben wir für ein Unglück. Es sollen nicht zum einmal alle Argumente ins Treffen geführt werden, die auch von sozialdemokratischen Standpunkt die Beteiligung an der Großen Koalition und den Eintritt in die Regierung zur gebieterischen Pflicht machen. Das alles ist gestern abend in der „Wirtschaftlichen Zeitung“ in einem letzten Appell an die Sozialdemokratie zusammenfassend gesagt worden. Man muß sich jetzt mit der Aufgabe abfinden, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem wichtigen entscheidenden Moment versagt und sich lediglich von parteiinternen Klüften hat leiten lassen.“

Darüber läuft das offizielle Communiqué der Fraktion nicht hinweg. Denn fast unglücklich, wie der Beschluß auf erneute Ablehnung der Großen Koalition ist dessen Begründung, die nur deutlich zeigt, in welcher Verlegenheit um eine wirklich einleuchtende, sachlich stichhaltige Abklärung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewesen ist.“

Es trifft nicht zu, daß die Bemühungen des Abg. Dr. Koch im Dezember an dem mangelnden Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen gescheitert sind. In seiner Rede der Parteiführer, in der Abg. Dr. Koch auf Grund der Äußerungen der sozialdemokratischen Vertreter seine Willen für geänderter erklären mußte, hat der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei sich dahin ausgesprochen, daß die Mitglieder Kochs für seine Partei ein einmündbares Regierungsprogramm darstellten. Am 17. Dezember sind die Bemühungen des damaligen Beauftragten des Reichspräsidenten

1 1/2 Millionen Erwerbslose

Steigerung um über 40 v. H. in der zweiten Dezemberhälfte

Die Zahl der unterföhrten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis zum 1. Januar 1926 von 1.060.397 auf 1.485.931 gestiegen. Die Zahl der unterföhrten männlichen Erwerbslosen beträgt 1.325.057, die Zahl der weiblichen 160.879. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1925 beträgt etwas über 40 v. H.“

Arbeitgeber-Verband und Fememörder

Bolzweilige Feststellungen

Der Polizeipräsident von Berlin teilt mit: In Presseveröffentlichungen war Anfang Dezember 1925 behauptet worden, die Vereinnung Deutscher Arbeitgeberverbände habe an den Zentralverband der Handarbeiter ein Darlehen von 5000 Mark zur Unterstützung des Fememörders und Führers der „Schwarzen Reichspartei“ Oberleitnants a. D. Schulz gegeben. Am 13. Dezember 1925 erfolgte im Gerichtssaal in Landberg eine vergebliche Ausdrucksversuch zweier Strafgefangener, die erklärten, von dem wegen Fememordes dort inhaftierten Oberleitnant a. D. Raphael a. seiner und zur Verletzung der anderen dort inhaftierten Personen, zu denen auch Oberleitnant a. D. Schulz gehörte, gegen das Verbrechen von 3000 Mark angelehnt zu sein. Auf Grund dieser Feststellungen tauchte in der Presse eine Behauptung auf, daß die Geldmittel für diesen Anschuß von der Arbeitgebervereinnung kommen. Die eingeleitete polizeiliche Untersuchung hat folgendes ergeben:

Der Leiter der Propagandaabteilung der Vereinnung deutscher Arbeitgeber, v. Jengen, ist im Mai 1925 von dem deutschen-nationalen Kantionsabgeordneten Meier, Geschäftsführer im Zentralverband der Handarbeiter, um die Zweckmäßigkeit eines Darlehens zur Unterstützung des der Vereinnung zu den Fememördern notwendigen Oberleitnants a. D. Schulz erfragt worden. Zwischen dem Zentralverband der Handarbeiter und Schulz hatte nach Aufklärung der „Schwarzen Reichspartei“ anlässlich des Kföhrerprozesses ein Arbeitsverhältnis bestanden. Schulz und bei ihm besonders inoffizielle Feldwebel Klapproth, der

als Mörder in einer Reihe von Fememördern in Frage kommt und verhaftet worden ist, wurden damals in der Wirklospolizeibehörde des Zentralverbandes als „Organisatoren der Landvolkbewegung“ beschöftigt. Herr v. Jengen hat die Begrüßung des Darlehens abgelehnt.“

Anfang Juni 1925 hatten nach erneut Verhandlungen über die Bewöhrung eines Darlehens an den Zentralverband der Handarbeiter festgehalten. In diesen Verhandlungen waren die Herren v. Jengen, Dr. Meißinger von der Vereinnung deutscher Arbeitgeberverbände, der Kantionsabgeordnete Meier der Reichstagsabgeordnete Werners und Geschäftsführer a. D. Malczek vom Zentralverband der Handarbeiter beteiligt.“

Der Zentralverband erhielt gegen Quittung des Herrn Werners ein Darlehen von 5000 Mark, das am 31. August 1925 zurückgezahlt werden sollte. Dieses Darlehen ist dann in den Büchern der Vereinnung deutscher Arbeitgeberverbände auf 1 M. ausgedehnt und erst nach dem Presseangriffen Anfang Dezember 1925 trotz der inzwischen erfolgten Ausbuchung vom Zentralverband zurückgezahlt worden. Das Darlehen ist weiter, wie festgesetzt werden konnte, zur Unterstützung des Oberleitnants a. D. Schulz verwendet worden.“

Wieder hat diese Unterföhrung war, steht bisher noch nicht fest. Die Ermittlungen beschränken es nur zur Gewöhrung perfonlicher Vereinnigungen im Geföhrnis für Schulz, der seit April 1925 in Haft ist, zur Bewöhrung eines Beteiligten verwendet worden.“